Amtsblatt zur Laibacher Zeitung.

N^o 115.

Freitag am 22. Mai

1863.

3. 214. a (2) Nr. 4074.

Rundmachung

über das Verfahren bei der Ausfolgung neuer Couponsbogen zu den Grundentlastungs-Obligationen der Königreiche Galizien und Lodomerien (Verwaltungsgebiet Lemberg und Verwaltungsgebiet Krakau) des Großherzogthumes Krakau und des Herzogthumes Bukowina.

Am 1. November 1863 ist der letzte der, den Grundentlastungsobligationen für die Königreiche Galizien und Lodomerien (Verwaltungsgebiet Lemberg und Verwaltungsgebiet Krakau) das Großherzogthum Krakau und das Herzogthum Bukowina beigegebenen Coupons fällig und es tritt die Nothwendigkeit ein, diese Obligationen mit neuen Couponsbögen zu versehen.

In Bezug auf die Hinausgabe dieser neuen Couponsbogen werden folgende Bestimmungen zur allgemeinen Kenntniß gebracht:

1. Die Ausgabe der neuen Coupons zu den genannten Grundentlastungs-Obligationen hat am 2. November 1863 zu beginnen.

2. Jeder Partei steht es frei, die neuen Couponsbogen entweder bei der Kasse jenes Grundentlastungsfondes, auf welchen die Obligation lautet, oder bei einer andern Grundentlastungsfondskasse zu erheben.

3. Meldet sich die Partei bei der Kasse jenes Grundentlastungsfondes, auf welchen die Obligation lautet, so hat sie die Original-Grundentlastungs-Schuldverschreibung beizubringen und die Kasse wird, wenn letztere mit dem Inhalte der Liquidationsbücher übereinstimmt und gegen die Ausfolgung der Coupons kein Anstand obwaltet, dieselben gegen ungestempelte Empfangsbestätigung ausfolgen und zugleich die geschehene Ausfolgung auf der Obligation ersichtlich machen.

4. Wünscht dagegen die Partei die Couponsbogen bei der Kasse eines anderen Grundentlastungsfondes als desjenigen, auf welchen die Obligationen lauten, zu erheben, so hat sie die Original-Schuldverschreibungen mittelst einer in triplo beizubringenden, nach dem beigegebenen Formulare verfaßten Consignation bei jener Fondskasse zu überreichen, bei welcher sie die Coupons zu erheben beabsichtigt.

Die Kasse wird die Consignation mit den Schuldverschreibungen vergleichen, bei richtigem Befunde letztere der Partei zurückstellen, sich sodann um die Zusendung der Coupons an die Kassa jenes Grundentlastungsfondes, von welchem die Schuldverschreibungen ausgestellt sind, verwenden und die Coupons nach deren Einlangung der Partei gegen abermalige Vorweisung der Originalschuldverschreibungen gegen Beibringung ungestempelter, über die Coupons zu Obligationen verschiedener Fonde abgesondert auszustellender Empfangsbestätigungen und gegen Vergütung der für die Zusendung entfallenden Gebühr ausfolgen. Diese Gebühr wird für jede Sendung nebst der unveränderlichen Grundtaxe von 15 Neukreuzern mit der Hälfte des tarifmäßigen Werthporto bemessen.

5. Eine Ausnahme von der vorstehenden Bestimmung tritt jedoch dann ein, wenn die Partei die Couponsbogen bei der Grundentlastungsfondskasse in Wien zu erheben wünscht und sich dießfalls bei der letzteren innerhalb des Zeitraumes von 1. Juli bis Ende September 1863 anmeldet. Diese Anmeldung hat, unter Vorzeigung der Original-Schuldverschreibungen und unter Beibringung einer nach dem beigegebenen Formulare, jedoch nur in einem Paire verfaßten Consignation zu geschehen und enthebt die anmeldende Partei von der Verpflichtung zur Zahlung der ad 4) erwähnten Zusendungs-Gebühr, die Ausgabe der Couponsbogen hinsichtlich der in obigem Zeitraume erfolgten Anmeldungen be-

ginnt bereits am 20. Oktober 1863. Erfolgt jedoch die Anmeldung bei der Grundentlastungsfondskasse in Wien erst nach dem letzten September 1863, so haben die ad 4) angeführten Bestimmungen Anwendung zu finden.

6. Hinsichtlich jener Grundentlastungs-Obligationen, welche bei der privilegierten österreich. Nationalbank in Wien, oder deren Filialen verpfändet oder deponirt sind, wird die Nationalbank beziehungsweise Filiale, wenn die Partei bei derselben darum ansucht, die Erhebung der neuen Coupons selbst verlassen.

7. Behufs der Erlangung der neuen Coupons zu jenen Grundentlastungs-Obligationen, welche bei den gerichtlichen Depositenämtern er-

liegen, haben sich diese Ämter, wenn sie die Coupons zur Verfallzeit selbst zu realisiren pflegen, an die betreffenden Fondskassen, unter Beibringung der Original-Obligationen zu wenden; bezüglich jener gerichtlich deponirter Obligationen aber, von welchen die Coupons zur Verfallzeit an die Parteien ausgefolgt werden, bleibt es den betreffenden Vermögensverwaltern überlassen, sich die zeitweilige Erfolgslaffung der deponirten Obligationen zum Zwecke der Anmeldung beziehungsweise Couponserhebung zu erwirken.

8. Die Blanquetten zu den Consignationen werden bei den Grundentlastungsfonden unentgeltlich verabfolgt.

Vom k. k. Staats-Ministerium.

(Formulare zu den Consignationen.)

Consignation

über nachstehende Obligationen des Grundentlastungsfondes in bezüglich welcher die Erfolgung der neuen Couponsbögen bei der Grundentlastungsfondskasse in gewünscht sind.

Stückzahl	Capital-Categorie a Fr.	Datum	Nummer	Intestation	Anmerkung
Der Obligationen					
.	10.000	1. November 1853	514	Leo Fürst Sapieha	
.	"	"	928	"	
.	"	"	1023	"	
.	"	"	2119	"	
5	"	"	2224	"	
.	5000	"	211	"	
5	"	"	213.216	Joseph Piatkowski	
.	1000	"	8314	"	
.	"	"	9126	Carl Kurz	
3	"	"	10.222	"	
1	500	"	88	"	
.	100	"	7016	Johann Petrino	
.	"	"	8223	"	
3	"	"	12.917	"	
1	50	"	420	"	

18 Stück im Gesamtbetrage pr. 78.850 fl.

. am Johann Wolf.
(Wohnort.)

Anmerkung. 1) Für die Obligationen der verschiedenen Grundentlastungsfonde sind je nach Fonden abgeforderte Consignationen zu überreichen.
2) Die Obligationen sind nach Capitalscategorien in numerischer Ordnung aufzuführen.
3) Die Anmerkungscolonne ist frei zu lassen.
4) Am Schlusse ist die Stückzahl und der Gesamtbetrag der Obligationen anzuführen.

3. 223. a

N^o 5336.

3. 220. a (1)

Nr. 2043.

Rundmachung.

Mit Bezug auf §. 16 des Gesetzes vom 13. Dezember 1862 und §. 10 der Finanz-Minister-Verordnung vom 20. Dezember 1862, (3. 102 R. G. Bl.) werden alle dem Gebührenäquivalente unterliegende Personen, insbesondere die Repräsentanten von Stiftungen, Benefizien, Kirchen, geistlichen und weltlichen Gemeinden, Vereine, Anstalten, Aktienunternehmungen, Korporationen und Gesellschaften aufgefordert, ihre Fassionen über das bewegliche und unbewegliche Vermögen ohne weiteren Verzug bei dem Steueramte ihres Bezirkes, bei welchem auch das fragliche Formulare gegen Erlag der Gestehungskosten von 1 1/2 kr. per Bogen zu beziehen sind, zu überreichen.

Zufolge h. k. Finanzministerial-Erlaß vom 26. Mai 1856, 3. 17224, Abs. 1, sind bei verspäteter Entrichtung des Gebühren-Äquivalentes die 5% Verzugszinsen zu berichtigen.

Von der k. k. Finanz-Bezirks-Direktion.

Laibach am 20. Mai 1863.

Rundmachung

der k. k. Steuer-Landes-Kommission Laibach, betreffend, die Ueberschreibung der Hausbeschreibungen und Hauszinsbekenntnisse für die Zeit seit Georgi 1863 bis hin 1864.

Zum Zwecke der Umlegung der Hauszinssteuer für das nächstfolgende Verwaltungsjahr 1864 sind die vorgeschriebenen Hausbeschreibungen und Zinsbekenntnisse für die Zeit von Georgi 1863 bis Georgi 1864, auf die bis nun üblich gewesene Art bei der gefertigten k. k. Steuer-Landes-Kommission innerhalb der unten festgesetzten Termine während den vor- und nachmittägigen Amtsstunden einzureichen.

Die Herren Hauseigentümer, Ruhnieser, Administratoren und Sequester von Gebäuden, sowie deren Bevollmächtigte hier in der Stadt und den Vorstädten Laibach's werden somit zur rechtzeitigen und genauen Vollziehung der in dieser Angelegenheit bestehenden Gesetze und Vorschriften angewiesen und aufgefordert, sich bei Abfassung der Hausbeschreibungen, dann der Hauszinsbekenntnisse genau nach der in voller Wirksamkeit bestehenden Belehrung vom 26. Juni 1820 zu benehmen, wobei zugleich bemerkt wird,

daß auch alle Hütten, Buden, Kramläden, deren Benützung oder Vermiethung dem Eigenthümer nicht bloß zeitweise zusteht, und bezüglich welcher diesem auch das Eigenthum der Grundfläche, auf der sie errichtet sind, zukommt, sowie alle zu einem Hause gehörigen vermieteten Hofräume = Objekte der Hauszinssteuer bilden.

Die einzubringenden Hauszinsbetrags-Bekanntnisse, sowie die denselben beizuschließenden Hausbeschreibungen sind vor ihrer Ueberreichung noch einer sorgfältigen Prüfung vorzüglich in der Richtung zu unterziehen:

1. Ob in denselben alle Hausbestandtheile richtig aufgenommen wurden; solche sind mit ihren, ihrer Lage nach von zu unterst angefangen fortlaufenden Zahlen, wie dieß die Belehrung vom 26. Juni 1820 anordnet, in den Bekanntnissen genau übereinstimmend mit den Beschreibungen aufzuführen.

Die bei einem oder dem andern Hause gegen das verflossene Jahr eingetretenen Aenderungen müssen jedesmal in der Hausbeschreibung und zwar in der Rubrik „Anmerkung“ nachgewiesen werden, und es dürfen bei jenen Häusern, welche sich ganz oder zum Theile im Genuße von Baufreijahren befanden, die steuerfreien Bestandtheile durchaus keine andere Zahlenbezeichnung erhalten, als jene, welche sie durch die Baufreijahresbewilligung erhielten.

Das Dekret, mittelst welchem eine noch gültige zeitliche Zinssteuerbefreiung bewilligt wurde, ist jedesmal in der Kolonne „Anmerkung“ aufzuführen.

2. Ob genau diejenigen Zinsbeträge, welche über Berücksichtigung der etwa eingetretenen Zinssteigerungen oder Zinsermäßigungen für jedes der 4 Quartale des Jahres 1863 bedungen wurden, und welche den Maßstab zur Bemessung der Hauszinssteuer für das Steuer-Verwaltungsjahr 1864 zu bilden haben, sowohl nach ihren vierteljährigen Theilbeträgen, als in ihren ganzjährigen Summen aufgenommen wurden, wobei mit Beziehung auf den §. 15 der erwähnten Belehrung erinnert wird, daß nebst den verabredeten baren Miethzinsbeträgen auch alle aus Anlaß und wegen der Mieth selbst sonst noch bedungenen Leistungen im Gelde, an Arbeit und Naturalien, an Steuer- oder Reparaturbeiträgen u. dgl. in Anschlag zu bringen und einzubekennen sind, daß die von den Hauseigenthümern selbst benützten oder an Anverwandte, Hausverwalter, Hausmeister, sonstige Angehörige oder Dienstleute überlassenen Wohnungen mit den Miethzinsen desselben oder der nachbarlichen Häuser in billiges Ebenmaß zu setzen, also mit jenen Zinsbeträgen einzubekennen sind, welche für dieselben von fremden Parteien, abgesehen von allen Nebenrückichten erzielt werden könnten, beziehungsweise früher wirklich erzielt wurden, um sonst einzutretenden amtlichen Ausmittlungen des Zinswerthes derselben zu begegnen; endlich, daß von Seite der Hausbesitzer oder deren Bevollmächtigten nach Bestimmung des §. 30 der Belehrung der gestattete 15prozentige Abschlag weder von den Zinsungen der in eigener Benützung stehenden, noch von jenen der vermieteten Wohnungen stillschweigend veranlaßt werden darf, weil dieß das Geschäft der Zinshebungsbehörde zu bleiben hat.

3. Ob die eingestellten Zinsbeträge, wie solches die §§. 21, 22, 23 der Belehrung vorzeichnen, je nach Bestand und Dauer der Mieth bezüglich ihrer Richtigkeit von sämtlichen Wohnparteien eigenhändig bestätigt, oder bei des Schreibens unkundigen Miethparteien durch einen Namensschreiber als Zeugen unterfertigt seien, wobei die Miethparteien zugleich aufmerksam gemacht werden, daß im Falle der Bestätigung einer unrichtigen Zinsangabe nicht minder auch sie einer verhältnismäßigen Bestrafung unterliegen.

Zu diesem Punkte werden die Herren Hauseigenthümer mit Hinweisung auf das k. Patent vom 19. September 1857, womit die österreichische Währung als der alleinige gesetzliche Münz- und Rechnungsfuß angeordnet wurde, aufmerksam gemacht, daß in den Zinsbetragsbe-

kenntnissen die Miethzins in österreichischer Währung einzustellen kommen.

4. Ob dann auch richtig selbst alle unbewohnten und unbenützt stehenden Hausbestandtheile, nach Vorschrift der §§. 25 und 26 der Belehrung, mit den angemessenen Zinswerthbeträgen angeführt seien, weil für den Fall der Fortdauer des Unbenützteins derselben über gehörige besondere Anzeigen der Anspruch auf verhältnismäßige Abschreibung der vorgeschriebenen, beziehungsweise Rückersatz der bereits eingezahlten Zinssteuergebühren erwächst.

Das unterbliebene Einbekennen eines aus der Vermiethung von Hausbestandtheilen bezogenen Zinses, ist auch dann eine, als Zinsverheimlichung strafbare Unrichtigkeit, wenn diese vermieteten Häuserbestandtheile für sich allein, oder mit andern vereint als in der eigenen Benützung des Hauseigenthümers angegeben, und als solche ohne Anlaß eines Zinswerthes gelassen werden.

Auch müssen zu Folge des hohen Subernal-Intimats vom 24. Juli 1840, Z. 18051, in die Hauszinsbekenntnisse die Feuerlösch-Requisiten-Depositorien und die Fleischbänke einbezogen werden, weil für die genannten Ubikationen, wenn sie gleich keinen reellen Zinsbetrag abwerfen, doch im Wege der Parifikation ein angemessenes Zinsbetragsverhältniß ermittelt werden kann.

Am Schlusse jedes Zinsbetragsbekenntnisses ist die Klausel, wie solche der §. 27 der Belehrung vom 26. Juni 1820 vorzeichnet, beizusetzen, und das Bekenntniß eigenhändig von dem Hauseigenthümer oder dessen bevollmächtigten Stellvertreter, bei Kuranden durch den Kurator zu unterfertigen.

Sind mehrere als Ein Besitzer des Hauses, so müssen das Bekenntniß alle Besitzer eigenhändig unterfertigen, und es ist denselben kein

Kollektiv-Name beizusetzen. Jene Individuen, welche zur Verfassung, Unterfertigung und Ueberreichung der Zinsbetragsbekenntnisse von Seite der dazu Verpflichteten beauftragt oder ermächtigt werden, haben eine auf diesen Akt lautende Spezial-Vollmacht ihrer Vollmachtgeber dem Bekenntnisse beizulegen, doch wird ausdrücklich bemerkt, daß im Falle einer in demselben entdeckten Unrichtigkeit oder eines Gebrechens, nur die Vollmachtgeber, d. i. die Hausbesitzer selbst oder die nach den §§. 27 und 28 der Belehrung vom 26. Juni 1820 zur Fassionseinbringung Verpflichteten dem Steuerfonde verantwortlich und haftend bleiben.

Die Namensfertiger des Schreibens nicht kundigen Parteien, denen die in der Fassion ausgelegten Zinsbeträge genau angegeben werden müssen, bleiben für das beigefügte Kreuzzeichen verantwortlich, und es wird hier nur noch beigefügt, daß zur Namensfertigung Niemand aus der Familie oder aus der Dienerschaft des Hauseigenthümers verwendet werden darf.

Bei Schreibensunkundigen Hauseigenthümern muß das beigefügte eigenhändige Kreuzzeichen, außer dem Namensfertiger, auch noch ein zweiter Schreibenskundiger Zeuge bestätigen.

Für jedes mit einer besondern Konfektionszahl, oder zugleich mit mehreren derlei Zahlen bezeichnete Haus, sowie für jedes andere für sich bestehende Hauszinssteuer-Objekt ist ein abgesondertes Zinsbekenntniß zu überreichen, und es sind nicht die Zinsbetragsbekenntnisse von mehreren, Einem Eigenthümer gehörigen Häusern mit einander zu verbinden.

Zur Ueberreichung der so eben besprochenen Hausbeschreibungen und Hauszinsbetragsfassionen sind nachstehende Termine festgesetzt worden, und zwar:

a) Der innern Stadt:

- Der 1. Juni 1863 für die Häuser Konf. = Nr. 1 bis inclusive 100
- » 2. » » » » » 101 » » 200
- » 3. » » » » » » 201 » » litt. G.

b) Der Vorstadt St. Peter:

- Der 5. Juni 1863 für die Häuser Konf. = Nr. 1 bis inclusive litt. H.

c) Der Kapuziner-Vorstadt:

- Der 6. Juni 1863 für die Häuser Konf. = Nr. 1 bis inclusive litt. C.

d) Der Gradtscha-Vorstadt:

- Der 8. Juni 1863 für die Häuser Konf. = Nr. 1 bis inclusive litt. A.

e) Der Polana-Vorstadt:

- Der 9. Juni 1863 für die Häuser Konf. = Nr. 1 bis inclusive litt. D.

f) Der Karlstädter-Vorstadt:

- Der 10. Juni 1863 für die Häuser Konf. = Nr. 1 bis inclusive litt. C.

g) Der Vorstadt Hühnerdorf:

- Der 11. Juni 1863 für die Häuser Konf. = Nr. 1 bis inclusive litt. C.

h) Der Krakau-Vorstadt:

- Der 12. Juni 1863 für die Häuser Konf. = Nr. 1 bis inclusive litt. C.

i) Der Tirnau-Vorstadt:

- Der 13. Juni 1863 für die Häuser Konf. = Nr. 1 bis inclusive litt. C.

k) Der Karolinen-Grund:

- Der 15. Juni 1863 für die Häuser Konf. = Nr. 1 bis inclusive 49.

Einfache Erklärungen, daß sich der Stand der Miethzins seit dem vorigen Jahre nicht geändert habe, werden nicht angenommen.

Wer die obangegebenen Fristen zur Ueberreichung der Hausbeschreibungen und der Zinsbetragsbekenntnisse nicht zuhalten sollte, verfällt in die §. 20 der Belehrung für die Hauseigenthümer vorgeschriebene Behandlung.

Obgleich die so eben besprochenen Eingaben in der Regel von den Herren Hauseigen-

thümern selbst überreicht werden sollen, so will man davon jedoch nur gegen dem abgehen, daß die respektiven Herren Hauseigenthümer zu dieser Uebergabe lediglich solche Individuen verwenden werden, die zur Behebung allfälliger Anstände eine entsprechende Aufklärung zu geben oder eine Belehrung aufzufassen im Stande sind.

K. Steuer-Landes-Kommission.

Laiabach am 8. Mai 1863.

3. 976. (1)

Nr. 107.

E d i k t.

Mit Bezug auf das Edikt des k. k. Landesgerichtes Laiabach dd. 2. Mai l. J. Z. 2028, wird bekannt gemacht, daß außer den daselbst bezeichneten Grundstücken aus dem Verlasse des Josef Tscherne vulgo Bitenz auch die nachbenannten Realitäten, als: die zu Unterschliskaub Konf. Nr. 34 an der Commerzialstraße gelegene Hausrealität sammt Acker, dann ein Acker am Schischkauerfelde, zwei Waldantheile unter Rosenbach und eine Wiese in Waittsch, am 28.

und 29. d. M. am Orte der Realitäten im Wege der freiwilligen Versteigerung hintangegeben werden.

Die Feilbietung beginnt am ersten Tage auf dem im landesgerichtlichen Edikte bezeichneten Acker hinter St. Christof Früh 9 Uhr. Das Schätzungsprotokoll und die Lizitationsbedingungen können bis hin bei dem Befertigten eingesehen werden.

Laiabach am 20. Mai 1863.

Dr. Julius Rebitsch,

k. k. Notar, als gerichtl. Kommissär.